





zu denen der Vertreter die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts bedarf.

Die Ermächtigung kann von dem Vertreter zurücksogenommen oder eingehäuft werden.

Ist der gesetzliche Vertreter ein Vormund, so kann die Ermächtigung, wenn sie von ihm verworfen wird, auf Antrag durch den Minderjährigen erhebt werden. Das Vormundschaftsgericht hat die Ermächtigung zu erheben, wenn sie im Interesse des Mündels liegt.

Die für einen einzelnen Fall erteilte Ermächtigung gilt im Zweifel als allgemeine Ermächtigung zur Eingehung von Verhältnissen derselben Art.

Hat also die Ermächtigung eine Einschränkung auf einen bestimmten Fall oder Dienstleistungen bestimmter Art nicht, so darf der Minderjährige Dienste oder Arbeit jeder Art annehmen und Verträge rechtmäßig abschließen. Hat der Minderjährige die Absicht, einen Arbeitsvertrag von längerer Dauer abzuschließen, so bedarf er für den Fall, daß ihm ein Vormund bestellt worden ist, außer der Zustimmung dieses gesetzlichen Vertreters auch noch der Zustimmung des zuständigen Vormundschaftsgerichts. Sind die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, wie sie vorstehend im § 118 angeführt werden, nicht erfüllt, die den Minderjährigen zur Annahme eines Dienstes oder einer Arbeit ermächtigen, so ergibt sich natürlich auch hieraus für ihn die Berechtigung, gegebenenfalls ohne Bezugnahme eines Beslasses selbständig vor Gericht Klage zu erheben und zu verhandeln, weil er eben geschäftsfähig ist.

Neben Arbeitseinkommen und Arbeitslöhne in der deutschen Textilindustrie geben die Jahresberichte der Berufsgenossenschaften ähnlich überlässigen Aufschluß. Bereich der Rheinisch-Westfälischen Berufsgenossenschaft:

Jahr	Durchschnittliche Arbeitsstunden pro Arbeiter	Durchschnittliches Durchschnittslohn pro Arbeiter
1894	114 400	76 651 084
95	118 400	81 550 817
96	120 878	87 378 185
97	124 875	88 878 050
98	126 840	93 020 048
99	120 835	88 028 108
1900	120 708	101 542 840
01	120 507	86 903 000
02	120 844	100 704 197
03	120 619	106 869 031

Bereich der Sachsischen Textil-Berufsgenossenschaft:

Jahr	Durchschnittliche Arbeitsstunden pro Arbeiter	Durchschnittliches Durchschnittslohn pro Arbeiter
1900	188 841	118 804 000
01	187 888	120 822 178
02	202 479	122 011 447
03	218 400	140 011 785

Bereich der Norddeutschen Textil-Berufsgenossenschaft:

Jahr	Durchschnittliche Arbeitsstunden pro Arbeiter	Durchschnittliches Durchschnittslohn pro Arbeiter
1900	64 011	87 800 087
01	65 880	97 114 119
02	64 880	97 755 098
03	65 880	98 070 910

Diese Rahmenangaben sprechen mit unvergleichlichem Eindeutigkeit, daß die regelmäßige Anfrage der Gewerbeaufsichtsräte erlaubt, damit durch diese endlich gelungen kommt, eine allgemeine Übersicht des Lohnniveaus der Textilarbeiter zu ermöglichen.

Ein wichtiger Arbeit im Dienstverhältnis sollte das Landgericht Bochum. Es entschied, daß ein Unternehmer, der es unterläßt, die Bezeichnungsbedürftige für seine Arbeiter zu zahlen, füller die fällige Rente aus seiner Tasche zahlen muß. Der Sachverhalt ist folgender: Die Klägerin, die bei einem Webstuhlmaster in Wattenscheid in Diensten stand und seit dem 10. Februar 1900 erwerbsunfähig ist, behauptet, der beschlagte Webstuhlmaster habe es pflichtwidrig unterlassen, während ihrer Dienstzeit ihr die Marken zur Alters- und Invalidenversicherung zu geben. Eine Invalidenrente sei ihr abgeschlagen worden, weil sie, selbst unter Bezugnahme von 25 Krankheitswochen, die vorgeschriebene Wartezeit von 200 Beitragswochen nicht zurückgelegt habe. Wenn der Beklagte seinen Verpflichtungen nachkommen wäre, würde sie eine Rente von jährlich 148,20 M. beziehen. Diese Rente müsse ihr der Beklagte zahlen. Das Landgericht Bochum hat, obgleich der Beklagte ausführte, es könne von einem Dienstverhältnis zwischen der Klägerin und ihm keine Rede sein, den Anspruch der Klägerin für bekräftigt erklärt. Denn dieser Anspruch sei als Schadenserklarungsanspruch aus § 822 B. G. B. berechtigt, wenn die Klägerin im Sinne des Gesetzes vom 19. Juli 1900 versicherungspflichtig gewesen sei. In dieser Sicht fragt es sich nur, ob ihre Stellung als die eines Gewerbegehilfen oder als die eines selbstständigen Gewerbetreibenden anzusehen sei. Es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Klägerin Gewerbegehilfin gewesen sei. Denn die Badwaren des Beklagten vertreibt, habe den Preis der Ware nicht nach ihrem Willen festsetzen dürfen, sondern es sei ihr ein bestimmter Preis von dem Beklagten vorgegeschrieben gewesen. Bei einer Einnahme von 3 M. hätte sie einen Verdienst von 60 Pf. gehabt. Diese Bestimmung sei ja auch, wenn die Klägerin selbstständige Gewerbetreibende gewesen sei, zwecklos gewesen. Die Klägerin sei die Untergebene des Beklagten im Gewerbetreibende und damit Gewerbegehilfin gewesen. Für ihre Tätigkeit, von Anfang an schlechte Vergütung, also Lohn erhalten. Sei sie aber Gewerbegehilfin, so sei der Beklagte auch verpflichtet gewesen, ihr die Beläge der Invalidenversicherung zu entrichten. Es sei daher der Anspruch der Klägerin für berechtigt zu erklären.

## Vereinsgesetzliches.

In wohlgelungenem Maße das Reichsliche Vereinsgesetz die Versammlungsfreiheit gewahrschafft, hat Frau Sieb aus Hamburg im Galda erörtert. Frau Sieb hatte ausgeführt:

"Ja, Genossen und Genossinnen, wenn wir Frauen nicht wären, wo wären dann der Kriegsmüller seine Soldaten hergeholt? Männer, wir denn nicht oft gehörd? Was würde?"

Da wird die Rednerin vom überwachenden Beamten wie folgt unterbrochen: "Ich mache Sie auf die Folgen aufmerksam, wenn Sie in dieser Weise fortfahren zu sprechen."

Frau Sieb: "Was wollen Sie dann? Ich habe doch leines etwas Unangemeldetes gefragt?"

Der Überwachende: "Sie haben den Kriegsmüller sehr lächerlich gemacht — das ist eine Verachtung nach dem Staatsanwalturtheil (Allgemeine Rechtsprechung.)"

Frau Sieb: "Gut, Menf ich also nicht sagen darf, daß wir erst die künftigen Soldaten gebeten, so nehme ich mir die Erfahrung zu bemerkern, daß wir die künftigen Soldaten ehr aufzuziehen müssen."

Da der Überwachende dagegen nichts mehr einzuhören hatte,

fuhr die Genossin in ihrem Vortrage fort. Sie wies unter anderem auf den Kriminallhauer Kampf hin. Sie führte aus: "Nicht einmal eine Wehrmachtserstellung man, wie Sie alle wissen, diesen heldenmütigen Kämpfern, und das in dem stromen Sachsenlande, wo..."

Die Rednerin konnte diesen Satz nicht vollenden; der Überwachende, Abgesandter der Amtshauptmannschaft Grimma, erhob sich abermals und, zu der Rednerin gewendet, sagte er: "Ich entziehe Ihnen das Wort!"

Demonstrativer Befall für die Rednerin folgte diesen Worten.

Sogleich erhob sich der Überwachende wiederum und erklärte die Versammlung für aufgelöst.

Allgemeines Erklären. Ein mitanwesender Genosse aus Leipzig bemerkte, daß zur Versammlungsauslösung nicht die geringste Verfassung vorlege, und erfuhr den Beamten um Ausgabe seiner Gründen, was dieser aber mit den Worten ablehnte, daß er eine Begründung für die versiegte Auslösung nicht anzugeben brauche.

## Gerichtliches.

Vor dem Schöffengericht Nauen wurde am Mittwoch voriger Woche die Beleidigungslage des Weber Noder, Vorstandes des christlichen Textilarbeiterverbandes, gegen Genossen Kempler, verantwortlichen Redakteur der "Rheinischen Zeitung", verhandelt. Letztere hatte in der Nummer vom 17. August einen Bericht über eine im "Frankenberger Bierkeller" abgehaltene Textilarbeiterversammlung gebracht. In der Versammlung, die von 500 Arbeitern und Arbeitern besucht war, wurden gegen den Fabrikausschuß der Firma Deltius, dem die Weber Noder und Zander, hervorragende Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes, angehören, schwere Vorwürfe erhoben. Der Ausschuß habe die Interessen der Arbeiter nicht vertreten, habe diejenigen, die nur ein Wort der Unzufriedenheit äußerten, denunziert, und diejenigen, die dem Fabrikausschuß ein Vertrauensvotum verweigerten, seien entlassen worden. Alle diese Beschuldigungen gegen den christlichen Ausschuß gingen von Mitgliedern des christlichen Textilarbeiterverbandes aus. Es herrschte eine große Empörung unter den Leuten, und die Beschuldigungen waren derart heftig, daß Herr Noder, der an der Spitze des Ausschusses steht, seine Amtszeit im christlichen Textilarbeiterverband niedergelegt, und zwar schon zwei Wochen, bevor der Bericht in der "Rheinischen Zeitung" erschien. Die "Rheinische Zeitung" hat nur über die laufenden Vorgänge berichtet und dabei die Behauptungen wiederholen, die von den christlichen Verbandskollegen gegen den christlichen Ausschuß erhoben wurden. Herr Noder hätte also richtig diejenigen gerichtlich belangen müssen, die die Beschuldigungen erhoben haben. Der privatverlegte Redaktor war vor dem Schöffengericht mit Herrn Rechtsanwalt Schrammen aus Aalen erschienen. Dem Privatläger stand Herr Rechtsanwalt Kleinen zur Seite. Zur Erbringung des Wahlbehelfes waren siebzehn Zeugen geladen.

Von den Zeugenaussagen sind einige von grossem Interesse. Kommerzienrat C. Deltius, der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, sagte aus: Noder habe niemals mit grösstem Eifer die Interessen der Arbeiter vertreten, mithunter sogar mehr, als ihm (Deltius) lieb gewesen sei. Noder habe seines Wissens keine Arbeiter denunziert. Nur einmal habe er einen Namen benannt, aber der betreffende Arbeiter sei deswegen nicht entlassen worden. Noder habe sich verschiedentlich für Arbeiter, die entlassen werden sollten, verwendet, um dies zu verhindern. Als Noder und Zander ihre Mandate als Ausschuhmitglieder rückgängig wollten, habe er das nicht zugelassen. Die Zeugin Peter war von einem Vorstandsmitglied aufgefordert worden, dem christlichen Verband beizutreten. Sie hat das abgelehnt und gesagt: es habe doch keinen Zweck, der Ausschuß late doch nichts für die Arbeiter. Noder habe diese Worte erfahren und sei zu ihr gekommen. Er habe ihr gedroht, ihrerseits mal zum Wehrbericht zu gehen. Sie sei entlassen worden, weil sie angeblich lächerliche Arbeit geleistet habe. Frey sei sie nicht gewesen, denn wenn man nur den Wehrbericht führen sähe, würde man ärgerlich und böse nichts sagen. Meister Prendt bestätigte, daß Noder ihm auf Befragen den Vorfall mit der Zeugin erzählt habe. Er habe die Zeugin entlassen, weil sie unanständig gewesen sei. Von Wehrberichtsvorliegenden befragt, worn diese Unanständigkeit gelegen habe, erwiderte Herr Prendt: Sie sagte, besser arbeiten role sie bisher gelan, könne sie nicht. Der Vorstande belehrte ihn, daß das keine Unanständigkeit, sondern eine ehrliche Antwort und sicher sein Grund zur Entlassung gewesen sei.

Weber Peters: Die Städte sollten "gerichtet" werden; dabei hatten die Arbeiter Schaden. Der Ausschuß wurde durch Belegschaftsbeschluss aufgefordert, vorstellig zu werden, damit das Amt eingestellt würde. Der Ausschuß habe das nicht getan. Als man den Ausschuß an seine Pflicht mahnte, habe dieser erwidert: "Wenn wir scharrt vorgehen, wird der Herr verkehrt." Unders wieder habe der Ausschuß gesagt: der Herr wolle haben, daß gerichtet werde. Er habe sich über die Pflicht des Ausschusses abfällig gefühlt und sei darauf plötzlich entlassen worden, trotzdem er noch drei Städte auf der Kette gehabt habe. Der christliche Textilarbeiterverband gehörte ihm Pflichtregelung unterstellt. Weber Noder: Ich wurde plötzlich entlassen, weil kein Garn da sei. Es war aber Garn da. Zudem das war schon ein anderer auf meinem Stuhl. Ich ging zu Deltius, um von Grund meiner Entlassung zu erfahren. Herr Deltius fragte, ob ich schon mal was über den Ausschuß gefragt hätte. Als ich das vernahm, sagte er, er wolle mich bestehend schließen. Ich bekam aber keinen und suchte mir andere Arbeit. Mit dem Ausschuß waren wir alle unzufrieden. Weber Hermann erklärte: Das Ausschuhmitglied Zander hat mich gewarnt, etwas über Noder zu sagen, sonst könnte ich meine Stelle verlieren. Ich wurde ohne Grund entlassen. Später begegnete mir Zander auf dem Vorgraben. Da sagte er mir unter Zeugen: "Ich habe dich ja oft genug gewarnt." Zander habe ihn auch durch Stuhlmesser Maahon mit denselben Worten gewarnt. Zeuge Stuhlmesser Maahon bestätigte diese Verwarnung, erinnerte sich aber des Wehrberichts nicht. Zander, der ebenfalls als Zeuge vernommen wurde, bestreit später teilweise den Wehrbericht. Hermanns ist bereit, sie die Möglichkeit seiner Angabe weiteren Zeugen zu dringen.

Weber Hermanns II, Bruder des vorigen, führte seine gründliche Entlassung darauf zurück, daß er feststellte, daß die Weber Baumwirte aus ihrer Tasche mit 10—15 Pfennigen bezahlen müssten, während man in anderen Fabriken ein Extragerüst dafür bestimmt. Der Ausschuß sei nicht eingetreten. Er habe, wie viele andere, bei Ausschuß festgestellt und gesagt, daß sein Vertrauen zu diesem verschwunden wäre. Weber Lüthi: Es sollte wegen der Differenzen eine vom Verband einberufene Fabrikversammlung stattfinden. Stenograph hatte darüber beschlossen. Das Ausschuhmitglied Zander hielt die Zeiten für urkundlich, um die Versprechungen zu vereinfachen. Darüber habe ich mich abfällig gehuft und erhielt meine Entlassung. Als ich bei Wehrbericht angenommen wollte und der Wehrbericht erfuhr, daß ich bei Deltius entlassen worden war, mußte ich wieder gehen. Der Wehrbericht lagte, er habe seinen Auftrag, seinen von Deltius anzunehmen. Zeuge Stuhlmesser Maahon wurde gefragt, weshalb man nicht die längsten und minderwertigen, sondern auch ältere und schlechte Arbeit entlassen habe. Er sagte: Wer möchte über Maahon das will, braucht nicht mehr alle, behält sie die billigsten und billigsten. Nur verschiedene Fragen des Rechtsanwalt Schrammen wurde der Zeuge erregt und wollte nicht antworten, erhielt aber eine vorbereitete

Zurechtweisung. Der Vorsitzende belehrte ihn, daß er die Fragen des Verfeindeten beantworten müsse. Er meinte, als Meister könne er doch nicht alles sagen, was im Betrieb vorgehe. — Zeuge Wehrberichter Nörlisch: Bei ihm habe Noder keine Mitarbeiter denunziert. Es litten Denunziationen vor, auch die Arbeiter ihre eigenen Mitarbeiter denunzierten. Bei den Entlassungen habe man die Unzufriedenen herausgesucht. Zeuge Jander weiß nichts davon, daß Noder denunziert habe. Auf die Frage, ob er denn selbst als Ausschuhmitglied seine Mitarbeiter denunziert habe, verweigerte er die Aussage.

Gesetzmisslicher Sistech vom christlichen Textilarbeiterverband beruhet, daß bei Deltius eine Anzahl Mitglieder seines Verbandes gelegentlich der fraglichen Vorgänge gemäßregelt würden, weil sie ihre Interessen vertreten hätten. Sie hätten daher die Gemahregeln-Unterstützung erhalten. Herr Sistech gab zu, daß der Ausschuh nicht in allem seine Pflicht getan habe. Zeuge Jander bestätigte, daß der unter Anlage stehende Artikel nur die tatsächlichen Vorgänge in der Versammlung wiedergabe.

Die Verhandlung ergab nichts Belastendes gegen Noder. Unter diesen Umständen machte Rechtsanwalt Schrammen einen Vergleichsvorschlag. Die Parteien einigten sich auf folgender Grundlage: Der Verfalle ist erklärt: Er habe durch die Verhandlung sich überzeugt, daß der Privatläger Noder an den nach der Melbung von Zeugen in der Delius'schen Fabrik vorhandenen Mißständen keine Schuld trägt, insbesondere auch, daß der dem Noder gemachte Vorwurf der Denunziation nicht guttretend sei. Der Privatläger ist berechtigt, auf Kosten des Angeklagten den Vergleich im "Völkerfreund" einmal öffentlich bekannt zu machen. Die Kosten des Verfahrens trägt der Verfalle.

Dieser Prozeß hat uns einen sehr lehrreichen Einblick in die Arbeit der Firma Deltius gestattet. Es sind dort mindestens sieben Arbeiter, meist Mitglieder des christlichen Verbandes, entlassen worden, nicht, weil sie "nicht arbeiteten oder "nicht an ihnen die Reize war, sondern nur, wen "die Unzufriedenheit geäußert haben. Nicht einmal gegen den von den Arbeitern selbst gewählten Ausschuß durfte Beschwerde geführt werden. Die Firma a hat ihre Spione unter den Arbeitern und das christliche Ausschuhmitglied Zander verweigerte zum Teil seine Ausschuh, was nur in dem Falle zulässig ist, daß er sich sonst selbst bezichtigen würde. Statt die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, weigerte der Ausschuh ab, damit "der Herr" nicht "verkehrt", das heißt: nicht böse wird. Kein Wunder, daß Herr Deltius diesen Ausschuh nicht das Klischee niedergelegt lassen wollte.erner verließ der Ausschuh trotz des Verlangens der empörten Arbeiter seine Versammlung ein, und als eine Versammlung der Deltius'schen Arbeiter auf Bewillken des Verbands veranstaltet werden sollte, da hielt das christliche Ausschuhmitglied Zander die Bekanntmachung fest, um die Versammlung zu verzögern. Weiter sah J. seine Verbandskollegen vor seinem Kollegen im Ausschuh (Noder) warnen, sie möchten sich vor diesem halten, daß sie nicht ihre Stelle verlieren, doch über seine eigene Tätigkeit verweigerte er vor Gericht die Aussage. Wirklich eine eigenartige Moral! Die Gerichtsverhandlung hat unzweckmäßig ergeben, daß Weber nur deshalb entlassen worden sind, weil sie sich über den Ausschuh abfällig geküßt haben. Herr Deltius hat ein außerordentlich großes Interesse für den Ausschuh an den Tag gelegt, der doch sozusagen zur Wahrung der Arbeiterinteressen gewählt worden war.

## Vermischtes.

Deutschlands Erfolg in St. Louis. Auf der Weltausstellung in St. Louis hat Deutschland verhältnismäßig die meisten Preise erhalten. Von 2200 Ausstellern wurden 1720 prämiert. Die meisten Prämiierungen entfallen auf Amerika, an dritter Stelle steht Japan.

## Literarisches.

Bei der Redaktion gingen folgende Schriften usw. ein:

"In freien Stunden," 40. Heft. Es enthält die Fortsetzung des Spindlerischen Roman "Der Jesuit" und Fortsetzung der Erzählung "Eine Scheinehe und ihre Folgen" von J. N. Potapow. Eine kleine Blätter "Wie man in Nutzfrüchten Pflaumen wird", sowie sonstige kleinere Beiträge vervollständigen den anstrengenden Inhalt des Hefts, das für 10 Pf. in allen Buchdruckereien erhältlich ist.

"Wider die Pfaffenherrschaft," Autobiographie aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Heft 11. Es bringt die Fortsetzung und den Schluss des Kapitels: "Der Untergang des mittelalterlichen Kommunismus", dessen Schlussbrama die schaurliche Niedermet



# Beilage zu Nr. 47 des Textil-Arbeiters.

Chemnitz, Freitag den 18. November 1904.

## Die Alkoholfrage als Kultur- und Rassenproblem.

Die menschliche Kultur und ihr Fortschritt oder Rückgang ist vom menschlichen Gehirn und seiner Tätigkeit bedingt.

Ebenso sicher ist es, dass ihr Zustand einerseits von der vererbten angeborenen Qualität, andererseits von der individuellen Erziehung und Ausbildung dieses Organes mit Kenntnissen und stofflichen Gewohnheiten abhängt. Unzweifelhaft endlich ist es, dass jene Kultur in sich selbst und durch ihre Wirkung auf das menschliche Gehirn Faktoren des Fortschritts und einer höheren Entwicklung, aber auch Faktoren des Rückgangs und der Entartung enthält.

Die Organe der Erziehung und Ausbildung eines Volkes haben daher die Entartungs- und Rückgangsfaktoren zu bekämpfen, die Faktoren des Fortschritts und einer höheren Entwicklung dagegen zu pflegen.

Als Entartungs- und Rückgangsfaktor ist aber auch der Alkoholverzehr anzusehen, wie die darüber angeflossenen wissenschaftlichen Untersuchungen längst zur Genüge dargetan haben.

Schon im Jahre 1901 suchte das Professor Dr. August Harrel auf dem internationalen Alkoholcongres in Wien nachzuweisen,

Der Gelehrte führte damals aus:

Vor circa fünfzig Jahren hat die Wissenschaft folgende Entdeckung gemacht, deren Tragweite groß ist:

Wie alle höheren Tiere und Pflanzen, entsteht der einzelne Mensch aus der Verbindung oder Konjunktion der Kerne von zwei mikroskopisch kleinen, sogenannten Keimzellen. Ähnlich wie das weibliche und das männliche Individuum in erwachsenem Zustande zu einander hingezogen, geraten schließlich jene zwei ungemein kleinen, aber ungeheure gleich großen Klumpchen lebender Substanzen (Kernplasma) aneinander und mischen sich innig. Sobald geschieht, sorgen sie an, den sie umgebenden Dotter auszusaugen, zu wachsen, sich durch Teilung als Zellen zu vermehren und den Embryo als lebendige Form des Kindes zu bilden, aus dem schließlich der Mensch wird. Ein kleiner Teil des Kernplasmas oder Keimplasmas wird jedoch schon im Embryo reserviert und bildet seine späteren männlichen oder weiblichen Geschlechtsdrüsen, mit deren Hilfe das gleiche Spiel für die nächste Generation wieder begann.

Tatsächlich durch alle Fortpflanzungen bestätigt, wird diese ungewöhnliche Tatsache im praktischen Leben noch kaum gewürdigt. Aus derselben geht nun folgendes hervor:

1. Der lebende Samen eines Lebewesens stirbt nicht ab, bevor er lebt. Das Leben des Kindes ist nur eine Fortsetzung des Lebens eines väterlichen und eines mütterlichen Zellkernes. Wir sterben nicht ganz, sondern unsre Kinder und Enkel setzen einen wichtigen Teil unseres Lebens fort.

2. Alle Organe unsres Körpers, wie alle ihre Funktionen und Eigenschaften, kommt auch Gehirn und Seele, sind in Potenz — das heißt in vorbereiter, erst werbender Kraft oder Energie — im Keimplasma bei zwei zeugenden Zellkerne vorhanden. Diese enthalten also die Fähigkeit, durch normale Entwicklungsbedingungen eine bestimmte neue Kombination der Substanz und der Eigenschaften der väterlichen und mütterlichen Ahnen nach dem Prinzip zu bilden. Die Ungleichheit des Kindes gegenüber Eltern beruht darauf, dass die einzelnen Keimzellen des Vaters und der Mutter ungleich verteilte Ahnenahnen erhalten, und dass die zwei Kerne, die sich zur Bildung eines Wesens verbinden, niemals ganz gleich sind. Der eine oder der andre überwiegt in der Bildung des Kindes, das je nachdem der väterlichen oder der mütterlichen Ahndenz ähnlich wird. So entstehen immer von neuem unendliche Kombinationen.

Das ist die so vielseitig mißverständnisse Vererbung in ihren nächsten von allen Hypothesen betroffenen Tatsachen. Werden im Laufe ihrer Entwicklung die konjugierten Kerne normal und gut genährt und von keiner Schädlichkeit getroffen, so bilden sie einen neuen Menschen, der aus einer kombinierten Mischung der Eigenschaften seiner Ahnen besteht. Die sogenannte erbliche Anlage ist die Summe der Potenzen der Ahnen der beiden Keimzellen, darunter auch der gesittigen oder Gehirneigenschaften. Daraus erklärt sich, wie manchmal im Laufe des Lebens eines Menschen gewisse Zeuge erscheinen, die an einem seiner Erzeuger oder an einen bestimmten Vorfahren oder an Kombinationen derselben so schlagend erinnern.

Die Grundgesetze des Menschen liegen also schon in seinen konjugierten Entstehungskernen. Man hat zwar viel von dem Einfluss des erwähnenden Mutterkörpers, sogar einer fremden Stillenden Ahne auf die Eigenschaften des Säuglings gesagt. Dieser Einfluss beeindruckt sich jedoch auf gute oder schlechte Ernährung. Wie wäre sonst die einsame Tatsache zu erklären, dass die Kinder durchschnittlich mindestens so viele Eigenschaften von ihrem Vater als von ihrer Mutter erben? Diese Tatsache beweist unverkennbar, dass die wichtige Ahnengruppe der väterlichen Keimzelle die gleichwertige Macht ihrer Energien durch alle Einflüsse des erwähnenden Mutterkörpers und der Stillenden Ahne auf das Embryonalleben, auf das Kinderleben hindurch siegreich behauptet.

Im späteren Leben wirken Erziehung, Arbeit und äußeres Einflusse ausnahmsweise entweder oder verschlüsseln auf die Keimzellen eines Menschen, aber sie können keine neue Energie hinzuschaffen. Sie können dagegen bei einem so komplizierten und zarten Organismus ungeheuer viel, ja alles verderben. Die Anlage vieler oder aller Organe kann durch die Einwirkung eines Giftes schon im Körper des Erzeugers durch pathologische Veränderung der Keimzellen verändert, verschlüsselt, verborben werden. Eine so veränderte Keimzelle, die sich mit einer gesunden verbindet (konjugiert), bringt bereits eine halbstarke Bildungssubstanz als Lebensgrundlage des Embryos hervor.

Diese schlechte Art der Vererbung ist eine andre als die erstgenannte, als die eigentliche Vererbung der Keimzellen. Es ist keine Wiederhervorbringung der Eigenschaften der Ahnen, sondern eine störende neue Umbildung, eine direkte Schädigung des Keimplasmas, und sie gibt dem Kind nicht etwa wieder bestimmte, gute oder schlechte kombinierte Eigenschaften seiner Vorfahren, nein, sie verleiht bloß seine Anlagen im allgemeinen oder einen befürchteten Zell von Ihnen und legt in ihm den Keim der Verküppelung eines Teiles oder vieler Zelle seines Körperteils. Wenn aber das Keimplasma des Erzeugers schon durch Vergiftung erkrankt war, leiden mit den andern Geweben zusammen auch die Geschlechtszellenanlagen des Erzeugers darunter, und so kann die genannte Schädigung zu einer unmehr in den sich folgenden Generationen lange fortwährenden, bleibenden Schädigung und Verküppelung weiter verbreiten.

Berechnen wir der Stärke wegen die sogenannte Erbfehlerrate als Vererbung, oder besser Entartung durch Schädigung des Keimplasmas des Erzeugers, so unterscheidet sie sich

also wesentlich von der zuerst geschilderten, echten Vererbung. Leider aber kann leichter gewisse durch entartende Keimzellen erzeugte Schäden, wie z. B. den Idiotismus, wie Epilepsie, oder den Zwergwuchs im Keimplasma fixieren und so zur vererbten Anlage, zur echten Erbfehler gestalten.

Der Alkoholtrunk, der mehr oder weniger konzentriert oder verdünnt im Branniwein, Bier, Wein, Obstwein u. d. h. in den leider gebräuchlichsten Getränken enthalten ist, ist nun ebenfalls ein Gift, das in hohem Grade zur Entartung der Körpereinheiten, leider auch darunter der Keimzellen der Geschlechtsdrüsen führt. Leichtere Schädigung merkt der Trinker selbst nicht, umso mehr aber müssen seine Nachkommen darunter leiden.

Stets drei Viertel der Idioten und Epileptiker in Bevölkerungen von alkoholischen Eltern. Die sorgfältige, eingehende schweizerische Statistik ergibt, dass ungefähr ein Drittel der männlichen Aufnahmen der Irrenanstalten, ein Drittel der männlichen Selbstmorde und ein Zehntel der männlichen Todesfälle über 20 Jahren, wenigstens in den grössten Ortschaften der Schweiz, dem Alkoholtrunk der betreffenden Individuen zu verdanken sind. Diese leichte Tatsache so wie diejenige, dass nach den meisten Statistiken jetzt eine Hälfte aller Verbrecher und drei Viertel der Verbrecher gegen die Person Alkoholiker oder Berauschte sind, liefern einen schlagnenden Beweis für die Entartung der Körpereinheiten und speziell des Gehirns durch den Alkohol.

10 Trinkfamilien erzeugten 57 Kinder, wovon 12 bald starben und 36 idiotisch, epileptisch, verblendet oder sonst schwer nervenkrank wurden; nur 9 blieben normal. 10 nüchternen Familien erzeugten 61 Kinder, wovon nur 5 bald starben und 50 normal blieben; nur 6 waren etwas zurückgeblieben oder hatten Missbildungen oder Vollstanz.

Die Vergleichung der Abendend, der Abstammung, der geistig Gesunden und der Geisteskranken ergibt einen hervorragenden Einfluss der Trunksucht als belastender Faktor der Kranken und als erster Erzeuger der Anlage zu Geisteskrankheiten. Eine Statistik erzeugte in der Mitte des 19. Jahrhunderts viele Kinder. Die Zahl und das Leben ihrer Nachkommen wurde vor wenigen Jahren von Professor Pelman ermittelt. Von 709 derselben waren 108 unheiliche Geburten, 142 Bettler, 84 von der Gemeinde Unterhaltene, 181 prostituierte Weiber, 78 wegen Verbrechens Verurteilte (darunter 7 Mörder). Dem Staate kostete diese traurige Brut in 75 Jahren die Summe von 5 Millionen Mark; über 125 weitere Nachkommen jedoch konnte nichts ermittelt werden. Dieser Fall genügt wohl, um die Behauptung derseligen zu widerlegen, die sagen, dass der Alkoholismus die Nachkommen aussterben lasse und dadurch die entarteten Menschen ausschalte. Es beweist vielmehr, wie viel solche schlechten Elemente durch den Alkohol erzeugt und vermehrt werden.

Endlich haben Experimente an Tieren, die man systematisch alkoholisierte, den Beweis geliefert, dass bei ihren Nachkommen ähnliche Gebrechen und Entartungen entstehen wie beim Menschen.

Wenn nun die Sätze des sogenannten mächtigen Alkoholgenusses nicht vorhanden wäre, gäbe es so wenig einen Alkoholismus und seine schrecklichen sozialen Folgen, wie Verarmung, Stehium, Verbrechen, Irresein, Selbstmord, Entartung der Nachkommen u. s. v., als es eine Optimumartierung ohne die Sätze des mächtigen Optimums geben kann. Warum hat sich aber diese Sätze entwickelt? Woher kommt sie? Ist sie nur schädlich oder doch zu etwas nützlich?

## Die Lage der Posamentenarbeiter im Erzgebirge.

Man schreibt uns aus Buchholz:

Nach dem gleichgültigen Verhalten der Posamentenarbeiter des Bezirks ihrer Organisation gegenüber, sowie auch nach dem äußeren Schein könnte man annehmen, dass die Lohn- und Arbeitsverhältnisse die allgemeinsten seien, oder dass die Löhne in letzter Zeit sich in derart auffallender Richtung bewegen, dass man nicht notwendig habe, eine Verbesserung herbeizuführen zu suchen. Aber weit gefehlt! In vielen Fällen ist das Gegenteil eingetreten und im großen und ganzen befinden sich die Löhne schon seit mehreren Jahren im Zischen des Stillstandes. Ein ungefähres Bild gibt uns die Lohnmarktentstalt vom 2. Quartal aus der Zehnstadt Buchholz und Umgegend. (Schreibe dieses wolltest auch gern das Kartenergebnis vom 2. Quartal mit vorarbeiten, um eine Übersicht über einen längeren Zeitraum zu gewinnen, aber im letzten Quartal sind die Karten so spärlich eingegangen, dass ich ein Verarbeiten derselben gar nicht lohnt.)

Die 55 Kollegen, welche Karten abgaben, halten im zweiten

Quartal einen Gelände verdienst von 849,88 M., also einen Durch-

schnittsverdienst pro Mitglied und Quartal von 179,22 M. oder pro Woche 18,78 M. Spezialisiert für die einzelnen Kollegen ergibt sich folgendes Bild:

Zahl der Kollegen.	Durchschnittsverdienst.	Zahl der Kollegen.	Durchschnittsverdienst.
1	24 M.	14	14—15 M.
1	21—22	5	18—19
1	20—21	8	12—13
2	18—19	3	11—12
1	17—18	4	10—11
2	16—17	4	9—10
4	15—16	1	8
		14	
		30	

Demnach hatten 29 Kollegen noch nicht einmal einen Verdienst von 15 M. im Durchschnitt.

Man wird uns vielleicht entgegenhalten, dass das doch nur ein verschwindend kleiner Teil der Gesamtarbeiterchaft sei, aber tatsächlich würde sich bei einer viel größeren Zahl genau dasselbe Bild ergeben, wenn sich die Zahl der Heringenlosnahmen nicht gar noch verhältnismäßig steigern würde.

Also die Löhne sind meist dieselben geblieben, die Ausgaben für Miete, Neuerungs- und Lebensmittel sind aber fast unerträglich. Die Mehrausgaben für obige Zwecke eines gewöhnlichen Haushalts sind je nach der Familiengröße wöchentlich um 1,50 M. bis 2 M. höher geworden, als sie vor drei bis vier Jahren waren. Das durch die Mehrausgaben entstehende Manko muss natürlich durch verschlechterte Lebensweise wettgemacht werden.

So kann es aber auf die Dauer nicht fortgehen, denn das führt zu stumpfsinn und Degeneration. Einem Beweis dafür haben wir doch auch schon in dem immer mehr zunehmenden Gelehrtenwesen: ein Zeichen seiner Entwicklung ist das fortwährende Zugen von Kapellen und anderen diesem Zweck dienenden Gebäuden in den verschiedensten Städten und Dörfern des Erzgebirges; man sieht kaum seinen Augen und möchte nicht glauben, dass jenes im 20. Jahrhundert noch möglich sei. Im Zeitalter der Erfindungen und des Kapitalismus, im Ende der Dichter und Dichter ist das eine Symptom.

Die Gelehrten, welche sich nicht rühmen können, der Menschheit dienstbar zu haben, werden degenerativerweise nicht dem Vereinsgebet unterstellt, wie die Vereinigungen der Arbeiter, welche eine Verbesserung ihrer Lebenslage erstreben.

Die Mehrheit der Arbeiterschaft, ganz besonders der städtischen, hält sich erfreulicherweise diesem Seelenwesen fern, doch treibt sie ein nicht minder gefährliches Spiel, indem sie sich durch öfters arrangierende von Geisselkeiten in den verschiedenen unruhigen Verelnen über ihre traurige Lage hinweglässt.

Gewiss hat der Arbeiter ein Recht, sich ein Vergnügen zu gönnen, da er doch alle Werte hervorbringt, aber die Freude darf nicht dazu verlebt werden, den aufsteigenden Zwiesel an der Gunst der Lage zu unterdrücken und die Mahnungen an die Pflicht, welche sich aus diesem Zwiesel ergeben, zu verschwinden.

Selbstauskunft führt zur Versumpfung.

Wollen die Arbeiter mit dazu beitragen, dass bessere Verhältnisse plazieren, so müssen sich alle der Organisation anschließen. Oder wollen sie vielleicht darauf warten, dass ihnen von selbst etwas in den Schoß fällt? Eine große Anzahl von Kollegen fühlt sich auch der Pflicht bewusst, der Organisation anzugehören, wenn nur der Beitrag nicht wäre.

Wir geben ohne weiteres zu, dass an den Arbeiter von heute solche Pflichten gegenüber der Familie, Staat, Gemeinde u. s. w. gestellt werden, aber die heilige und vornehmste Pflicht ist doch, an der Hebung seiner eigenen Lage mitzuwirken und bessere Verhältnisse zu schaffen, denn von ihnen hängt doch alles andere ab. Dennoch muss überall der Ruf erlingen: „Organisiert euch!“

Die Mitglieder unserer Organisation am Ort seien auch hiermit ermahnt, besser wie bisher die Veranstaltungen der Zehnstelle zu besuchen, die Bibliothek fleißig zu benutzen und zu jeder Zeit für die Interessen der Organisation zu wirken.

(Um dem Artikel eine einleitende Zeile hinzuzufügen, weshalb wir ihn geändert noch einmal zum Abdruck bringen. D. H.)

## Ronferenz des südbayrischen Agitationsbezirks.

Vormittags sitzung.

Am Dienstag den 1. November tagte im „Rohrgarten“ in Augsburg die diesjährige Konferenz für Südbayern.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorsitzenden, des Kassierers und der Delegierten.
2. Die Agitation nach Anstellung eines Gauleiters.
3. Antrag Augsburg-Vechhausen, betr. Verlegung des Sitzes des Gauleiters nach Augsburg.
4. Die Ausgestaltung der inneren Organisation im Gau Bayern.

Vertreten waren die Orte Augsburg, Vechhausen, München und Kempten durch 8 Delegierte, das Agitationskomitee durch 2 Delegierte und den Gauleiter Kollegen Brüggemann.

Kollege Deffner als Vorsitzender des Agitationskomitees eröffnete die Konferenz um 10 Uhr.

Deffner-Augsburg und Merkle-Vechhausen wurden zu Vorsitzenden, Huber-Kempten zum Schriftführer gewählt.

Deffner-Augsburg gab den Jahresbericht über die Tätigkeit des Agitationskomitees vom verflossenen Jahre, die eine sehr reichhaltige war. Hervorzuheben ist, dass die Agitation, besonders im Allgäu, eine sehr schwierige ist, zum grössten Teil stehen die Textilproletarier auf einer tiefen Lebensstufe, da die Löhne fast durchweg als sehr niedrig zu bezeichnen sind. In Augsburg, der schwäbischen Textilindustriestadt, herrschen noch Verhältnisse, die mit den Lebensmittel- und Wohnungspreisen bei weitem nicht in Einklang stehen. Seit zwei Jahren wird in Augsburg und Umgegend Propaganda für den Johnstundentag gemacht. In einer allgemeinen Versammlung mit den Christlichen und Hirsch-Dunkleren Gewerkschaften wurden, um den Johnstundentag zu erreichen, an die Fabrikanten resp. an den Industrieverein eingaben um Einführung dieser Arbeitszeit gemacht. Die Antwort hierauf war — stillschweigen!! In einer weiteren gemeinschaftlichen Versammlung wurde am 29. Oktober wiederum hierzu Stellung genommen. Eine Versammlung der Merkle-Spinnerie hatte den Erfolg, dass durch eine Eingabe einzelne kleinere Verbesserungen errungen wurden. In der allgemeinen Tätigkeit des Agitationskomitees wurden vom Kollegen Deffner im Laufe des Jahres zwei Agitationen von unternommen, durch die auch in einigen Orten wieder neue Verbindungen angelockt resp. Mitglieder gewonnen werden konnten. Trotz der vielen Schwierigkeiten war der Erfolg ein den Verhältnissen entsprechend zufriedenstellender.

Gra-Augsburg gab den Rassenbericht. Zu verzeichnen waren an Einnahmen 755,70 M., an Ausgaben 616,58 M.

Rassenbestand 120,17 M.

Merkle-Vechhausen gab sodann einen Überblick über die Verhältnisse der Vechhauser Textilarbeiter, der ein sehr trübes Bild darbot.

Huber-Kempten, Bezirksvorstehermann für den Bezirk Allgäu, sprach die Entstehung der Bewegung im Allgäu. Im Jahre 1898 wurden die Filialen Kempten und Sontheim gegründet, welche letztere sich im Jahre 1903 wegen Mangels an Kräften auflöste. Im Juli 1903 versuchte die Filiale Kempten die Filiale Sontheim wieder zu haben, was mit Mühe auch gelang. Im April 1902 regten sich in Weller einige Kollegen, die Gründung einer Filiale vorzunehmen, was von Seiten der Kemptener Kollegen erfolgreich durchgeführt wurde. Bis zum Frühjahr 1903 schmolz die Filiale auf wenige Mitglieder zusammen, um in sich zu verfallen, was auch an diesem Orte die Auflösung zur Folge hatte. Nun galt es wieder, das Erkrugene zu erhalten, wozu alles aufgeboten wurde. Die Filiale Kempten sah sich veranlasst, die beiden wieder aufgebauten Filialen in Sektionen umzuwandeln, um den Kollegen mehr Unabhängigkeit vor den Behörden und den Unternehmern zu sichern. Dieser Weg hat sich bei beiden Sektionen bis heute gut bewährt. Beide Sektionen werden von der Filiale Kempten verwaltet.</

verschiedenen Branchen seien vorhanden die Posaminterie, Sellerei, Seidenweberei, Kothhaarspinnerie und Weberei, Färbererei und Lodenweberei. Diese Branchen seien aber nur durch kleinere und mittlere Betriebe repräsentiert. Die Kothhaarspinner haben dieses Jahr die neuaufländige Arbeitszeit errungen. Alle gehören der Organisation an. In der Loden- und Seidenweberei seien die Verhältnisse noch ziemlich gute zu kennen. In den Spinnereien von Rosenheim und Wolbermoor hingegen seien die Arbeits- und Lohnverhältnisse sehr schlechte.

Brüggemann (Gauleiter) besprach die Taktik der christlichen Organisationen und riette an die Delegierten den Appell überall darüber zu machen, welche Schritte von dieser Seite unternommen würden, da ja doch zur Zeit begonnen werden sollte, rein katholische Gewerkschaften zu gründen. Gegebenenfalls müsse man der Gründung solcher Organisationen zugegenreisen. Mit den Aussführungen des Agitationsteams und der Delegierten sprach Redner seine Beifriedigung aus. Bei der Ausübung seines (in Bayern) schwierigen Postens (Aussklärung hat not). D. W.) werde er nach bestem Rennen das Gehörte verwerfen.

Hierauf Schluss der Vormittags-Sitzung.

#### Nachmittags-Sitzung.

Kollege Dössner eröffnete die Nachmittags-Sitzung um 12 Uhr. Erster Redner war der Gauleiter Kollege Brüggemann, welcher zunächst den Antrag stellte, den 2. und 4. Punkt der Tagesordnung zusammen zu verhandeln. Der Antrag wurde angenommen.

Hierauf referierte Brüggemann über: „Die Aufgaben des Gauleiters“. Seinen Schlussfolgerungen war zu entnehmen, daß er vor Beihilfe sämtlicher tätigen Kollegen bedürfe, wenn er Fortschritte verzeichnen sollte. Auch sei darauf hinzuweisen, daß Adressen gesammelt werden, um an allen Orten Ansätze zu erreichen und den Ausbau der Organisation fördern zu können.

Dössner Augsburg erklärte, daß Augsburg und Lechhausen in den letzten Monaten circa 900 Mitglieder aufzuweisen hätten, ausgerechnet auf 700 gefunden seien, da es hauptsächlich an unabhängigen Kräften fehle, das Errungene zu erhalten. Er wünschte eine allgemeine Verteilung der Arbeiten, damit nicht einzelnen die ganze Arbeit überlassen bleibe. Plauschige Arbeit müsse mehr angestrebt werden. Redner machte noch auf verschiedene Wahlen, wie Kantonswahlvertreter, Arbeiterschulzuhälften u. a. aufmerksam. Auch das Vertrauensmännerystem müsse mehr ausgebaut werden. Ein weiterer Wunsch sei, das Agitationsteam bestehen zu lassen zur Beihilfe des Gauleiters.

Hübner-Kempten stellte den Antrag, den zweiten Punkt zur erweiterten Diskussion mit dem dritten Punkt zu vereinigen, da eine weitere Aussprache über den Antrag Augsburg-Lechhausen sonst nicht möglich sei.

Der Antrag wurde angenommen.

Dössner Augsburg begründete den Antrag Augsburg-Lechhausen mit der Motivierung, daß nicht die geographische Lage für Augsburg in Betracht komme, vielmehr Augsburg ziemlich im Mittelpunkt liege und die Bahnhöfe nach allen Richtungen gute seien. Vor allem sei Augsburg die Hochburg der bayerischen Textilindustrie mit circa 11 000 Textilarbeitern. Der Sitz des Gauleiters müsse daher aus praktischen Gründen Augsburg sein. Das Arbeitsfeld sei ein großes, und das Altmühltal mit circa 8000 Arbeitern kommt auch noch hinzu.

Brüggemann sprach sich sympathisch für den Antrag aus.

In der folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Delegierten dafür aus, daß der Sitz des Gauleiters nach Augsburg verlegt werden müsse, und es wurde beschlossen, dem Zentralvorstand einen dementsprechenden Bericht nicht näherer Begründung des Antrags einzurichten.

Brüggemann verfasste ein Schreiben des Zentralvorstandes, welches an den provisorischen (?) Gauvorstand in Nürnberg gerichtet war und worin die Erwartung ausgesprochen wird, daß eine Landeskongress zu Weihnachten einberufen werde, die sich näher mit der Frage des Sitzes des Gauleiters zu befassen hätte. Letzter sei dies Schreiben zu spät eingegangen.

Sämtliche Delegierten — ohne Ausnahme — sprachen sich über die Territorialisierung der südbayerischen Textilarbeiter betr. des Vor- gehens des nordbayerischen Agitationsteams dahin aus, daß es unvollständig gewesen sei, über die Räume der südbayerischen Kollegen hinweg einen Gauvorstand zu wählen. (Nur Beschlüsse, die von der Allgemeinheit gestellt sind, haben Gültigkeit. D. W.)

Kollege Dössner gab noch bekannt, daß für das Altmühl die Summe von 162 Ml. für Agitation ausgegeben wurde, was auch sehr notwendig gewesen sei, um die aufgelösten Filialen resp. deren Mitglieder zu erhalten und neue zu gewinnen. Das sei den Altmühlern Verhältnissen entsprechend gelungen.

Kollege Brüggemann erhält dann noch das Schlusswort, worin er nochmals zum Vorwärtsstreben zum Wohle der geheimsamen Textilarbeiter ermunterte — den gutorganisierten Baumwollkäthe zum Trug.

Schluss der Konferenz 27 Uhr.

H. H.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Verstaatlichung und Arbeiterbewegung. — Schleppmonopol auf dem Rhein-Letzenkanal. — Inowrazlaw und Südermia. — Günstige allgemeine Stimmung. — Pauverismus in England.

Wein jeder Verstaatlichung, wie man das früher häufig hören konnte, schon immer ein sozialistischer Gedanke zu Grunde lag, dann wäre Preußen längst das gelobte Land des Sozialismus. Aber niemand wird das leichter behaupten wollen.

In der Tat, die Stellung der einzelnen Klassen zur Frage Staatsbetrieb oder freie Konkurrenz? hat sich seit ein paar Jahrzehnten vollkommen verschoben. Lassalle konnte noch das „alte Manchesterium“ des Staates völlig vom Wirtschaftsleben fernhalten und auf die Rolle eines, die Rechtssicherheit und die öffentliche Ruhe währends Nachwuchters beschränken wollte, als die Verkörperung der kapitalistischen Ausprägung und Politik gesehen. Umgekehrt war es nach ihm der aufstrebenden, zum ersten Male auf das Kampfspiel gerufenen Arbeiterklasse vorbehalten, die hohe organisierte Mission des Staates auch auf den wirtschaftlichen Gebieten zu verhindern und zu verwirklichen. In der Tat gab es noch lange bürgerliche Überalte und Freisinnige, die selbst von Bismarck erstmals Fabriksmonopol, also die Verstaatlichung eines Industriegewerbes zu rein sozialistischen Zwecken, als sozialistischen Sünderfall unter lauteser Zustimmung brandmarken konnten.

Heute beurteilen Arbeiter wie Kapitalisten jeden Verstaatlichungsplan ausschließlich nach seinem Zweck und seiner Wirkung. Die Kapitalisten haben bei der Brief- und Paketpost, bei Telegraph und Telefon, im Eisenbahnbetrieb, aber auch in ihren eignen Kartellen und Trusts den Wert der Zentralisation, der einheitlichen Leitung gegenüber dem allen zerstückelten, loslöseligen und rüttelnden Wettbewerb schätzen gelernt. Wenn der Staat ihr gefügiges Werkzeug ist und nie andres, denn kapitalistische Wege wandelt — warum sollte man die inunter weisame Zentralisation, den Betrieb durch den Staat selber, verhindern? Biederum: die Arbeiter haben nach reifelichen Erfahrungen eingesehen, daß die bloße Ausschaltung der freien Konkurrenz noch lange kein sozialistischer Fortschritt zu Gunsten des Proletariats zu sein braucht, ja dass dadurch oft sogar die arbeiterfeindlichen kapitalistischen Befriedungen eine Verstärkung erfahren können. Die Sozialdemokratie und die neuer bereitwilligen Gewerkschaften wählen darum heute ihre Stellung von Fall zu Fall, je nach den Besonderheiten des vorliegenden

Einzelprojekts. Und ganz unausbleiblich werden dabei auch abweichende Meinungen über die Größe der Vorteile und Nachteile austreten.

Schon bei der Frage der Bergwerksverstaatlichung trat das hervor. Nun ist jedoch aus den Weichen der preußischen Kanalcommission bereits wieder ein neuer Verstaatlichungsgedanke geboren worden: auf der zu bewilligenden Kanalstrecke soll der private Schleppbetrieb ausgeschlossen werden.

Das technischliche an dem Gedanken ist gerade, daß, rein technisch betrachtet, so vieles für ihn spricht und daß einschlüchtliche Industrien — vor allem jene, die mit der Elektrotechnik zusammenhängen — diesen künstlerisch-agrarischen Steinenlochungen gehörten werden. Das Elektrofahrtsgewerbe seit jetzt schon keine geringen Hoffnungen auf die Umgestaltung der Schleppfahrt, auf die Einführung von Dreidrehmotoren. „Hier treiben leider — schrieb Dr. Joseph Loewe-Breslau 1903 in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik — die Beschäftigungsverhältnisse an den Kanälen hindern einzugehen. Die Verstaatlichung der Schlepperei könnte für deren Elektrifizierung und damit für die elektrotechnische Industrie von großer Bedeutung werden.“ Die Siemens-Schuckertwerke sollen, wie man hört, bereits früher einen vollständigen Entwurf zur Einrichtung elektrischen Schleppzuges vorgelegt haben, für den ganzen, damals ins Auge gesetzten Rhein-Eiblatal. Die Zuverlässigkeit, Schnelligkeit und Regelmäßigkeit des Betriebes werde dadurch beträchtlich gewinnen. Soweit ganz gut! Niemand wird einer modernen Produktion ein neues Betätigungsgebiet misskönnen und eine höherstehende Transportweise auf unseren Wasserstrassen erschweren wollen.

Indes, daran liegt der preußischen Landtagsmehrheit gar nichts oder doch nicht ausreicht. In dieser seltsamen Verstaatlichungsgruppe finden sich vielmehr recht bunt-schwarze Bestrebungen vereinigt, die alleamt wenig von Fortschritt oder gar von Sozialismus im heutigen Arbeitersinne an sich haben. Manche Konservative und Klerikale unterstellen das Projekt nur, weil dadurch manchem Kanalkreunde der Geschmac an der ganzen Vorlage verdorben wird, sodass die Aussichten des Kanalbaus sich eher verschlechtern. Die Hauptabstimmung der Antragsteller ist jedoch eine agrarische: die Abschaltung soll die Tarifsetzung für den Kanaltransport in die Hände bekommen und alsdann solchen Preiserhöhungen und Lohnverschiebungen vorbeugen, wie sie den Agrarern unfällig seien könnten. Gelangt der Kanal zur Annahme, dann soll es in einer Form geschehen, daß die Wirkungen der billigeren Wasserfracht zum Teil wieder beseitigt sind. Scheitert jedoch der Kanalentwurf an dieser Zugabe — um so besser, besonders wenn ehemalige Kanalbegleiter selber den Ausschlag für die schlechte Ablehnung geben sollten!

So sieht heute in Preußen-Deutschland die Verstaatlichungs-idee aus und man kann es den Arbeitern wahrscheinlich nicht verbieten, wenn sie heute, im Gegensatz zur Jugendzeit der sozialistischen Bewegung, fast nur Mütterfrauen dafür überzeugt haben.

Leiderigens soll auch der Handelsminister Möller schon wieder mit einer Verstaatlichungskktion schwanger gehen: nach Blättermeldungen beabsichtigt er, das Steinbergwerk Inowrazlaw anzukaufen, in dessen Nähe der Staat bereits eine Reihe ähnlicher Betriebe besitzt und das heute in nahen Beziehungen zu den deutschen Solowanwerken in Bernburg steht. Das Aktienkapital betrug hier bisher 8 Mill. M.

Die Sübernahmefrage muß nunmehr endlich zu einer bestimmten Entscheidung gelangen; schenkt für die nächsten Tage ist die Einbringung einer Vorlage über den Aktienverkauf angekündigt. Der gegnerischen Parteiengruppe scheint jedes Mittel der Abwehr recht; auf die Anwendung, daß der Staat durch Abrede der feindlichen Aktiennahmehheit doch noch den machtgeldenden Einfluss in der Verwaltung erlangen könne, erwidert man prolog, daß dagegen jederzeit eine neue Waffe zur Verfügung steht: nämlich die Verschmelzung der Süderna mit andern Montanbetrieben zu einem Monopolvernehmen, in dem die etwa 27 Millionen Staatsaktien überhaupt nichts mehr bezagen. Schlicht und rücksichtsvoll sind diese „Staatsverhaltenden“ wirklich nicht, und das „Unschein“ und die „Stärke“ einer Regierung ist für sie nur dann von Belang, wenn es gegen die Arbeiter vorzugehen gilt.

Die letzten Tage gab man sich an der Börse wieder einem stärkeren Optimismus hin. Erst hatten die russisch-englischen Auseinandersetzungen, die sich an die brutale Besiegung der Russischen Flotte an der Doggerbank knüpften, eine gewisse Erregung und einen ziemlichen Kurssprung hervorgerufen, der Staatsrenten, Bank- und Industriewerte traf. Am Freitag, 28. Oktober, war der Tiefpunkt erreicht. Dann erholt man sich rasch von dem ersten Schrecken. Eine Rolle spielen dabei überraschend günstige Nachrichten aus den Vereinigten Staaten, besonders über den Aufschwung der Bautätigkeit und des Eisenmarktes, dem, wie man behauptete, nach langer Zeit wieder zum ersten Male ein Erwachen der Spekulationslust des großen Publikums entsprach. Großes Vertrauen wird man auf solche frohe Botschaften nicht legen dürfen; in den Tagen der Präsidentenwahl braucht man gutes Weiter und im Notfall weh man es zu machen.

Der deutschen Reichsbank scheint die Verstaatlichung ihres Goldhauses gelungen zu sein, ohne daß andere Zentralbanken, vor allem die englische Bank, mit einer Diskontserhöhung zu folgen brauchen. Die dritte Oktoberwoche zeigte bereits wieder eine steuerfreie Reserve von 73 Millionen Mark und auch beim Monatswechsel blieb man noch immer mit fast 28 Millionen Mark in der Steuerfreiheit. Die Zeichnung der 30 Millionen Mark neuen Anteiles soll am 3. November sehr glinstig verlaufen sein.

Endlich sei mit der nahegerückten Beendigung der Handelsvertragsverhandlungen weiteren Geschäftskreisen ein Stein vom Herzen. Mit der Schweiz ist man jedoch zu einer Verständigung gelangt und ein Scheitern der Mission des Grafen Kosadowitsch in Wien und Budapest scheint ausgeschlossen. Wie die Verträge aussehen werden, kümmert den Handel nicht allzu viel; er verlangt in erster Linie eine sichere Grundlage für seine Berechnungen; im übrigen vermag er seine Transaktionen unter diesen oder jenen Voraussetzungen vorzunehmen. Die letzten bürgerlichen Opponenten gegen das „ganze“ Zolltarifwerk sind darum auch nicht mehr geworden.

Um unerfreulichsten lauteten, trotz mancher Besserung im Kohlenabsatz (wesentlich für russische und englische Kreuzfahrtschiffe), im Schiffsbau und auch in den Eisengewerben, noch immer die Mitteilungen aus England. Arbeiterführer haben dort bereits eine außerordentliche Session des Parlamentes verlangt, um Notstandsmassnahmen zu beraten. In der Presse spielt der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit eine große Rolle. Die Zahl der Paupers (von England und Wales) stand am 1. Juli, nach einer vor ein paar Tagen veröffentlichten Statistik, um 30 232 das und 3,7 Proz. Über der entsprechenden Ziffer des Vorjahrs (1. Juli 1903). Seit 1872 ist eine so hohe Ziffer nur 1898 erreicht und etwas überschritten worden, damals hatte der große Streik in den Kohlenpitschern von South Wales viel vorübergehende Hilflosigkeit geschaffen. Im Herbst zur Befreiungsmesse war allerdings der Pauperismus um 1890 größer. Indes steht auch relativ die diesjährige Ziffer höher als jene seit fünf Jahren. Sollten bald Wahlen kommen, so wird der Unmut der englischen Arbeiter sich wahrscheinlich mit ungewohnter Kraft entladen.

Max Schippel.

## Mitteilungen aus Fachkreisen.

Neustadt O.-S. Am Sonnabend den 5. November fand unsre Zusammenkunft statt, welche schon am 22. Oktober stattfinden sollte, doch wegen Verhinderung des Bevollmächtigten, Kollegen Meier, bis zum 5. November vertagt worden war. Zunächst erstattete der Bevollmächtigte die Rechnungslegung für das 3. Quartal. Es ging aus derselben hervor, daß die Einnahme inll. Kassenbestand 323,20 M. und die Ausgabe 207,90 M. betrug, sodass ein Jahresbestand von 115,21 M. verblieb. Die Einnahmen bestehen aus dem Verkauf von 3 Mitgliedsbüchern, 680 Beitragsmarken à 30 Pf., 74 Beitragsmarken à 20 Pf., während die Ausgaben aus 27,50 M. Krankenunterstützung, 23,— M. Reiseunterstützung, 1,— M. Vigilation und 39,97 M. Sachliches sich zusammenfassen, sodass 116,62 M. an die Hauptkasse hierauf geprüft und für richtig befunden werden. Sodann erfolgte die Berichterstattung über die Konferenz der schlesischen Textilarbeiter in Legnick und wies Kollege Meier auf die im Fachblatt schon veröffentlichten Verhandlungen hin, sodass er nur auf die Erörterung einiger wichtiger Punkte einzugehen brauchte. Das führte aber auch schon zu einer anregenden Debatte, insoweit es die Wahl des Gauortes, welche mit Rücksicht auf die Verhältnisse Brandenburgs mit dem schlesischen Gau für richtig erachtet wurde, betrifft. Auf die noch teilweise recht mangelhafte Ausfüllung der Karten für die Arbeitslosenversicherung wies Kollege Meier besonders hin und suchte die noch bei einigen Kollegen vorhandene Antipathie hiergegen zu zerstreuen. Nach Erledigung mehrerer interner Angelegenheiten wurde die Zusammenkunft, welche bedauerlicherweise sehr dürlig besucht war, geschlossen. Durch die derartige Interessenslösung an den so notwendigen Befriedigungen, welche von dem größten Teil der Kollegen durch ihr Verbleiben von den Zusammenkünften immer mehr in Geltung gebracht wird, kann man wirklich versucht werden zu glauben, daß die Arbeits- und Erwerbsverhältnisse der hiesigen Textilarbeiterfamilie solch rostige sind, daß es sich erübrigst, irgendwie für eine Verbesserung dieser Lage einzutreten. Aber, Kollegen, hand aufs Herz! Gibt ihr auch wirklich der Gleichgültigkeit oder dem Glauben hin, daß hier nichts mehr zu bessern notwendig oder überhaupt unmöglich ist? Wollt ihr ehrlich ehrlich zwischen und die Hände in den Schoß legen, obgleich ihr überzeugt seid, daß eure Lage sich immer mehr verschlechtert? Habt ihr wirklich kein Mitgefühl für euren Nebenmenschen, der neben eurer Arbeitsstätte gewohnt ist, die Gebirgsstraßen für 2,50 M., ja sogar für — die Gebirgsstraßen für 1,80 M. die ganze Woche zu arbeiten? Gibt ihr denn sicher, daß das, was dem einen heute passiert, auch selbst nicht morgen passieren kann? Wenn diese Millionäre — die es doch nur durch die Ausbeutung der Arbeiterschaft geworden sind — sich nicht schämen, für solche Blupfennige eine erwachsene kräftige Arbeiterin eine ganze Woche arbeiten zu lassen, so milkte doch lediglich den Kollegen und jeder Kollegin die Schamlosigkeit ihres Geschlechts bei dem Gedanken, daß ihm oder ihr morgen das gleiche Geschick befallen sein kann. Wer zu dieser Einsicht nicht kommt und nicht energisch für Befreiung solcher Zustände eintritt und kämpft, der sanktisiert derartige Arbeits- und Lohnverhältnisse und hat keinen Anspruch auf Hilfe aus seiner verzweiflungsvollen Lage, wenn ihm gleiches Gesicht widerfährt. Ja, er begibt sich des Rechtes aufs Leben und wird dadurch zu seinem eigenen Mörder, denn das muß jedem einleuchten, daß er von solchem Verdienst nicht leben, geschweige denn sich derart kräftigen kann, daß seine Arbeitskraft dauernd gefestigt wird. Dagegen bei solcher Unterernährung eure Energie und Willenskraft gebrochen wird, müßte euch längst klar geworden sein. Und wenn ihr dagegen nichts tut, kommt ihr ja dem Willen dieser Herren im weitesten Maße entgegen, daß diese dazu ausgenommenen Menschen als solche willenslose Arbeitskräfte dem Sport- und Hobby dieser Fabrikpatasches und deren Angestellten preisgegeben sind — wollt ihr dann noch Anspruch auf gegen seitige Rücksicht erheben, wenn ihr die Geschichte eures Daseins nur in die Hände eurer Ausbeuter legt? Niemals könnt ihr das, solange ihr selbst nicht Einsicht genommen und für eure Rechte auf das entschieden einsetzt und kämpft. Darum, Kollegen und Kolleginnen, schüttet eure Gleichgültigkeit endlich einmal ab, rastt euch auf zu energischen Handeln und erscheint alleamt am 21. November, abends 7 Uhr, im bewußten Zustand, wo über Mittel und Wege zur Verbesserung eurer Lage beraten wird! Bringt jedes noch ein oder mehrere Kollegen und Kolleginnen eurer fernstehenden Industrieren Massen mit, die für Erklärung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen uns stets hindernd im Wege steht und zeigt dadurch, daß es euch wirklich ernst ist mit den Bestrebungen aller im Klasse Kampf stehenden Berufskollegen. Zeigt ferner, daß ihr ernstlich gewillt seid, die euch umschließenden Sklavensetten zu zerbrechen und zu kämpfen in den Reihen eurer Kollegen und Kolleginnen in dem Bewußtsein folgender Zellen:

Was ihr da wollt, das ist auch unser Streben, Drum lassen wir euch kämpfen nicht allein; Wir brauchen auch, was not uns zum Leben, Das mehr soll sein als schattenhaftes Sein, Wie wollt' nicht seige stehn belebt, Nein, schließen mit euch Kampfesreich; Wir blitzen zuversichtlich in die Weite

Und folgen euch in den Verein.

W. R.

Neustadt (Orla). (Veranstaltungsbericht.) Am 4. November fand unsre Villas-Versammlung statt. Zum ersten Punkt, Aufnahme von Mitgliedern, gab der Vorsitzende berichtet, daß zwei Kollegen zugestellt seien und eine Neuaunahme stattgefunden habe. Dann erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal, der von den Revieren geprüft und für richtig befunden worden war. Dem Kassierer wurde auf Antrag einstimmig Entlastung erteilt. Der dritte Punkt unter Tagesordnung: „Wie stellen sich die Kollegen zur Förderung des zehnstündigen Arbeitstages?“ zog eine lebhafte Debatte. Nachdem der Vorsitzende in längeren Ausführungen auf die Wichtigkeit der Arbeitszeitverkürzung hingewiesen hatte, worin ihm verschiedene andre Redner folgten, wurde die Fortsetzung der Debatte vertagt. Es wurde dann noch eine Lohnarbeits-Kommission gewählt, und zwar aus jedem Betriebe je ein Kollege. Unter verschiedenen wurde das hiesige Herbergewesen einer scharfen Kritik unterzogen. Zur Erweiterung der Bibliothek wurden dem Kastell 5 M. bewilligt. Die Kollegen werden aufgefordert, die Bibliothek stetig zu benutzen. Um weiteren wurde von verschiedenen Kollegen die Arbeitsförderung bei der Firma C. A. Künnig kritisiert, wo schon längere Zeit bis 8 Uhr abends gearbeitet wird. Aber trotzdem die Firma noch Arbeiter braucht, hat sie keinen Platz für einen Crimisschauer Kollegen, der bei ihr um Arbeit nachfragt. Die über die Crimisschauer Arbeiter verhängte Sperrung scheint also immer noch nicht aufgehoben zu sein. Die Kollegen werden aufgefordert, die nächsten Mitgliederversammlungen vollzählig zu besuchen, und im übrigen dem Verbande nach Kräften neue Mitglieder einzuführen.

Görlitz. (Versammlungs-Bericht.) Am 29. Oktober hielt die Villas-Gesellschaft eine Generalversammlung ab. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, wobei man zur Neuwahl des Gesamtvorstandes, 2. Wochender, lobte, Tobius Wermuth, Vorsitzender, Georg Gauerbrunn, Vize-Vorsitzender, Wilhelm Rothweiler, Schriftführer.